

Übersichten

Außenpolitik

*(1)

Besuch des Schweizer Bundespräsidenten in China

Am 9.10., also einen Tag vor dem Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Vranitzky, kam der schweizerische Bundespräsident Delamuraz zu einem dreitägigen Besuch in die chinesische Hauptstadt sowie nach Shanghai und wurde dort, genauso wie der österreichische Politiker, von nahezu allen Spitzenrepräsentanten (Jiang Zemin, Li Peng, Li Ruihuan sowie von Handelsministerin Wu Yi und Eisenbahnminister Han Chubin) zum Gespräch empfangen. Die Themen Handel und Menschenrechte standen auch hier im Vordergrund. Genauso wie Vranitzky erklärte auch Delamuraz, daß die Schweiz für einen schnellstmöglichen Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation WTO plädiere. (XNA, 10. und 11.10.96.)

Die Schweizer Diplomatie ist durch zähe Kontinuität gekennzeichnet. Bezeichnenderweise hat Delamuraz die VR China schon zum vierten Mal besucht - früher in seiner Eigenschaft als Bundesrat, diesmal als Bundespräsident.

Bei einer Pressekonferenz konzentrierte sich der Bundespräsident vor allem auf drei Themen, nämlich (1) die von ihm gewonnene Überzeugung, daß China bereit sei, sich in die internationale Welt einzufügen und ihre Spielregeln zu beachten. Des weiteren (2) stünden die Weltwirtschaftsentwicklungen und der Weltfrieden in einem direkten gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis. Schon aus diesem Grund müßten beide Länder daran interessiert sein, ihre gegenseitigen Wirtschaftskontakte fortzusetzen. Nicht zuletzt setze sich die Schweiz für den Beitritt Chinas zur WTO ein. Was (3) die Menschenrechte anbelangt, so müßten sie auch weiterhin auf Regierungsebene diskutiert werden. Der seit 1991 institutionalisierte Dialog über Menschenrechte zwischen Beijing und

Bern habe schon kleinere Fortschritte verzeichnen können. (NZZ, 12./13.10.96) *Einen* Themenkomplex gibt es allerdings, über den sich die Schweiz und China wohl nie ganz einigen werden, nämlich die Tibetfrage, in der die Schweiz seit Jahrzehnten eine Fürsprecherrolle übernommen hat: Es ist der "Gebirgs-Horizont", der zwischen der Schweiz und Tibet besondere Beziehungen hat entstehen lassen; zu den eindrucksvollsten Erlebnissen, die ein Besucher aus der Schweiz mitnimmt, gehört die Begegnung mit Tibetern, die perfekt Schweizer Mundart beherrschen - und schon damit demonstrieren, wie weit die gemeinsamen Beziehungen zurückreichen!

Am Rande des Präsidentenbesuchs wurde ein Memorandum über die Gründung einer "Schweiz-China-Partnerstiftung" unterzeichnet, und zwar mit dem Präsidenten der chinesischen Volksbank, Dai Xianglong. Die Stiftung soll Klein- und Mittelbetrieben beider Länder dabei helfen, wechselseitig Fuß zu fassen.

Unter anderem hat die schweizerische Versicherungsgesellschaft Winterthur in der Zwischenzeit die Erlaubnis erhalten, Vertretungsbüros in China zu errichten und damit in einen Markt einzusteigen, der gigantische Ausmaße anzunehmen verspricht. Winterthur ist die vierte ausländische Gesellschaft, die eine solche Konzession erhalten hat.

Verhandelt wurde ferner über eine Ausweitung der Flugrechte der Swissair und über einen eventuellen Großauftrag zur Lieferung von Lokomotiven durch ABB.

In der Schweiz nach wie vor umstritten ist die Frage, ob der Bund Schweizer Unternehmen Exportrisikogarantien für die Beteiligung am Ausbau des Dreischluchten-Damms am Yangzi gewähren soll. (XNA, 12.10.96 und XNA in SWB, 14.10.96)

1995 hat der Handelsaustausch zwischen beiden Ländern eine Rekordhöhe von 1,35 Mrd. US\$ erreicht. 260 Schweizer Firmen haben in China Joint

Ventures oder 100%-Alleineigentumsfirmen gegründet. (XNA in SWB, 14.10.96.)

Die Schweiz hat gerade im Joint Venture-Bereich einen hervorragenden Ruf in China, insofern nämlich 1980 das erste - und bis heute als Muster-Joint Venture bekannte - Gemeinschaftsunternehmen gegründet wurde, und zwar unter Beteiligung des Fahrstuhlunternehmens Schindler. (XNA, 11.10.96) -we-

*(2)

Besuch des österreichischen Bundeskanzlers in der VR China

"Österreich ist das Land der Musik", sagte Ministerpräsident Li Peng, als sein österreichischer Amtskollege, Kanzler Franz Vranitzky, am 9.10. einen dreitägigen Besuch in der VR China antrat. Von Musik umrahmt und in einen kulturellen Rahmen eingebettet, war die Reise in der Tat bestens vorbereitet: Die Wiener Philharmoniker gaben in China mehrere Konzerte, und zugleich begann eine Ausstellung des Kunsthistorischen Museums mit hundert ausgewählten Exponaten.

Anlaß der Visite war das 25jährige Jubiläum zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten. (XNA, 10.10.96)

Österreich hat es bisher geschickt verstanden, bei den Chinesen als "Kultur-großmacht" in Erscheinung zu treten - und nimmt deshalb einen Stellenwert ein, der weit über seine wirtschaftliche und politische Bedeutung hinausreicht. Beraten wird die Regierung seit Jahren vom "Österreichischen Chinaforschungsinstitut", das unter der Leitung Gerd Kaminskis, seit Jahren überdies "Volksdiplomatie" im besten Sinne des Wortes betrieben hat.

Auch die meisten österreichischen Bundesländer haben partnerschaftliche Beziehungen mit chinesischen Provinzen aufgenommen.

Angesichts des vertrauensvollen Verhältnisses ließ sich Li Peng mit Vranitzky auch auf einen offensichtlich unverkrampften Dialog über Menschenrechte ein. Ganz im Gegensatz zu seinen sonstigen Erklärungen, daß das Verlangen nach einer Diskussion der Menschenrechtsfrage auf eine "Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas" hinauslaufe, räumte er diesmal

ein, daß es unterschiedliche traditionelle Auffassungen zur Frage der Menschenrechte gebe. (*Der Standard*, 10.10.96)

Vor der internationalen Presse allerdings ließ Li Peng das Thema Menschenrechte unerwähnt und sprach nur davon, daß der Besuch Vranitzkys "äußerst erfolgreich" verlaufen sei.

Einer der mitgereisten Journalisten hatte über den bei solchen Konferenzen üblichen Weg der Voreinreichung von Fragen wissen wollen, ob die einen Tag vor dem Besuchsantritt Vranitzkys erfolgte Verhaftung des Dissidenten Liu Xiaobos etwas mit dem Besuch des österreichischen Kanzlers zu tun habe; die Frage wurde jedoch bei der Pressekonferenz nicht zugelassen.

Zusammen mit dem Kanzler waren auch Geschäftsleute angereist, die mit ihren Partnern am Rande des Besuchs mehrere Verträge unterzeichneten, und zwar in Höhe von rund 7 Mrd. öS (=rund 1 Mrd. DM). Die österreichischen Investitionen in der VR China liegen derzeit bei rund 300 Mio. DM. Österreich befürwortete die Aufnahme Chinas in die WTO.

Die Beziehungen zwischen China und Österreich waren nicht immer so glanzvoll gewesen wie beim diesmaligen Besuch Vranitzkys. Als Li Peng 1994 Wien besucht hatte, war es zu Verstimmungen zwischen beiden Seiten und zu innenpolitischen Kontroversen wegen des Umgangs der österreichischen Sicherheitskräfte mit demonstrierenden Menschenrechtsgruppen in der Wiener Innenstadt gekommen.

Auch 1993 hatten Versuche der chinesischen Regierung, den Dalai Lama von der damals in der österreichischen Hauptstadt stattfindenden UNO-Menschenrechtskonferenz fernhalten zu lassen, zu einem Zerwürfnis geführt. -we-

*(3)

Der Dalai Lama - weiterhin ein rotes Tuch für die chinesische Außenpolitik

Vieles wäre für die chinesische Außenpolitik viel leichter, wenn es nicht den Dalai Lama gäbe, der den Beijngern fast überall auf der Welt in die Quere kommt - und ihnen jedesmal einen dicken Strich durch die Rechnung macht.

Der Friedensnobelpreisträger hat sein Land bekanntlich bereits 1959 nach einem Aufstand gegen die chinesische

Herrschaft verlassen und ist ins Exil nach Dharamsala in Indien gegangen, von wo aus er in den letzten Jahren eine immer effizientere und öffentlichkeitswirksamere Politik zugunsten seines Heimatlands Tibet zu führen begonnen hat.

Während des Berichtszeitraums tauchte er an nicht weniger als gleich vier Stellen auf, nämlich in Südafrika, in Australien, bei der EU in Straßburg und in Frankreich.

- Am 18. August besuchte er Johannesburg und wurde dort unter anderem von Präsident Mandela sowie von Erzbischof Desmond Tutu empfangen, der, wie der Dalai Lama, ebenfalls Friedensnobelpreisträger ist.

Da die VR China mit Südafrika keine diplomatischen Beziehungen hat, konnte Beijing hier noch die Augen verschließen.

- Anders war es bereits in Australien, wo Ministerpräsident John Howard den exilierten geistigen Führer Tibets in Sydney empfing. In der Überseeausgabe der *Renmin Ribao* vom 25.9.96 mußte er sich dafür in einem Leitartikel auf Seite 1 über die Person des Dalai Lama belehren lassen, der, wie es hieß, "einen reaktionären Standpunkt einnimmt und das Vaterland verrät". Dem Dalai Lama gehe es nur darum, das Vaterland zu spalten. Obwohl ihm nachgesagt wird, daß er lediglich auf Autonomie aus sei, strebe er doch in Wirklichkeit auf eine "tibetische Unabhängigkeit" von China hin.

Wer sich mit dem Dalai Lama einlasse, beweise damit, daß er selbst eines Geistes mit ihm sei. Im letzten Jahr habe der Dalai Lama Shoko Asahara, den Führer der japanischen Aum Shinrikyu-Sekte, umarmt, jenen Fanatiker also, der die Sarin-Giftgas-Anschläge in der Tokyoter U-Bahn angeordnet habe. Nun seien "einige australische Politiker" soweit gegangen, den Dalai Lama als einen "geehrten Gast" zu empfangen - und dies ungeachtet aller Warnungen der chinesischen Regierung. "Bedeutet dies, daß diese frommen Christen über Nacht plötzlich zu Buddhisten geworden sind? Die Tatsachen haben bewiesen, daß dies nicht der Fall ist. Um es klar heraus zu sagen: Einige Politiker haben offensichtlich die Absicht, sich in die inneren Angelegenheiten Chinas einzumischen. China kann dies nicht hinnehmen."

- Damit nicht genug, tauchte das geistliche Oberhaupt der Tibeter bereits wenige Tage später erneut auf - diesmal bei der EU: Am 24.10. wurde er in Straßburg vom Präsidenten des Europäischen Parlaments empfangen.

Daraufhin richtete ein Sprecher des chinesischen Außenamts noch am gleichen Tag einen geharnischten Protest an die EU: Tibet sei ein unabtrennbarer Teil des chinesischen Territoriums und tibetische Angelegenheiten ausschließlich innere Angelegenheiten der VR China. "Keine ausländische Regierung, kein Parlament und keine Organisation oder Einzelperson haben das Recht, sich hier einzumischen", hieß es. (XNA, 25.10.96) Der Dalai Lama spiele sich zwar als Vertreter rein religiöser Angelegenheiten auf, doch sei sein Handeln höchst politisch, insofern er ständig auf eine Abtrennung Tibets vom "Vaterland" hinstrebe. Das Verhalten der EU bedeute ein "stillschweigendes Einverständnis mit den spalterischen Aktivitäten des Dalai Lama". Das Europaparlament biete dem Dalai Lama eine Plattform für seine Bemühungen, China auseinanderzureißen.

Der Dalai Lama hatte gegen China zwar keine Wirtschaftssanktionen - und auch keine Isolierung der VR China verlangt. Er hatte sich jedoch pessimistisch über die Verhandlungsbereitschaft der chinesischen Regierung geäußert.

Vor dem Europaparlament in Straßburg sprach der Dalai Lama über "kulturellen Völkermord" in Tibet, wo mittlerweile zwei Drittel der Bevölkerung chinesisch seien. Die tibetische Sprache sei von den Chinesen, entgegen anderslautenden Zusicherungen, niemals als Amtssprache anerkannt worden. An tibetischen Schulen würde politische Indoktrination betrieben und würden tibetische Studien unterdrückt. Die Chinesen verdrängten tibetische Sitten und Gebräuche. (France 2TV in SWB, 26.10.96)

- Nach seinem dreitägigen Besuch in Straßburg stattete der Dalai Lama auch noch Frankreich einen dreitägigen Besuch ab, der vom französischen Außenministerium als "seelsorgerisch" bezeichnet wurde - was immer damit gemeint war.

Beijing hatte die französische Regierung schon im Vorfeld vor einem offiziellen Empfang gewarnt.

Gleichwohl kam der Dalai Lama mit Abgeordneten und Senatoren der Nationalversammlung zusammen, traf sich mit dem Bürgermeister von Paris, Tiberi, sowie dem sozialistischen Parteivorsitzenden Jospin und traf auch noch mit Justizminister Toubon zusammen, wobei dieses Treffen allerdings als "privat" bezeichnet wurde. (Radio Beijing in SWB, 31.10.96)

In einem Gespräch mit der Tageszeitung *Le Monde* wies der Dalai Lama erneut auf den "kulturellen Völkermord" hin, der in Tibet um sich greife: Man könne sich notfalls zwar mit dem Verlust der politischen Unabhängigkeit abfinden; den Verlust der eigenen Kultur, die Zerstörung der geistigen Werte und des tibetanischen Buddhismus dagegen könne niemand hinnehmen, betonte der 60jährige Dalai Lama, der im Eintreten für das religiöse und kulturelle Erbe Tibets seine wichtigste Lebensaufgabe sieht. -we-

*(4)

"Böswillige Einmischung des Europaparlaments" in die Wei Jingsheng-Affäre

Der 46jährige Dissident Wei Jingsheng, der seit seiner Kritik am chinesischen Regime, vor allem aber am Führungsstil Deng Xiaopings, seit 1979 fast ununterbrochen im Gefängnis gesessen hat und als eine Art "Volksfeind Nr.1" gilt, ist vom Europäischen Parlament am 24.10.96 mit dem "Sacharow-Preis für geistige Freiheit" ausgezeichnet worden, der seit 1988 an Persönlichkeiten verliehen wird, die sich in vorbildlicher Weise für die Menschenrechte eingesetzt haben. Der nach dem verstorbenen russischen Dissidenten Andrej Sacharow benannte Preis ist mit 28.500 DM dotiert.

Die Reaktion der VR China fiel erwartungsgemäß aus. Es war von "böswilliger Einmischung des Europaparlaments in innere Angelegenheiten der VR China" die Rede. (XNA, 25.10.96)

Wei wurde im Mai 1950, also nur wenige Monate nach Gründung der Volksrepublik China, als Sohn eines Offiziers geboren. Während der Kulturrevolution schloß er sich zunächst, wie Millionen seiner Altersgenossen, begeistert den Rotgardisten an; als die *Hongweibing* jedoch im Zuge der 1967 angelaufenen Restabilisierungspolitik zunächst in die Enge getrieben, dann gar verfolgt wurden, war es auch mit dem Enthusiasmus

Wei Jingshengs zu Ende: Er floh zunächst in die Provinz Anhui, wurde dort jedoch aufgespürt und in eine Umerziehungsanstalt geschickt. Nach seiner Entlassung arbeitete er als Elektriker im Beijinger Zoo. 1979, beim "Beijinger Frühling", stand Wei an vorderster Front der Protestbewegung und schrieb zahlreiche *dazibao*, d.h. große Wandzeitungen, die damals an allen Ecken und Enden der Hauptstadt auftauchten. Wei zog seine Kritik vom linken marxistischen Standpunkt her auf und griff die Reformer, vor allem aber Deng Xiaoping persönlich als eine Clique von Personen an, die systematisch gegen den wahren Geist des Sozialismus verstießen.

Als der Beijinger Frühling im März 1979 durch den harten Kurs der "Vier Grundprinzipien" (maßgebend seien einzig und allein die Parteiführung und der Sozialismus) abgelöst wurde, war es auch mit der Meinungsfreiheit Weis zu Ende: Er wurde, wie erwähnt, noch im gleichen Monat festgenommen und zu 15 Jahren Haft wegen "konterrevolutionärer Verbrechen" verurteilt. Bis auf ein halbes Jahr hatte Wei diese gesamte Strafzeit im Gefängnis abzusitzen. Im September 1993 kam er frei, wobei die Regierung mit diesem "Gnadenakt" offensichtlich ihre Absicht verfolgte, die Olympischen Spiele im Jahre 2000, die wegen der Menschenrechtsverstöße Chinas schon damals in die Ferne zu rücken schienen, im letzten Augenblick doch noch für die VRCh zu retten.

Nachdem Beijing vom IOC jedoch eine Abfuhr erhalten und nachdem auch Wei Jingsheng zahlreiche Interviews gegeben hatte, seine Haftbedingungen schildert, seinen Kampf um Demokratie und Menschenrechte erläutert und immer wieder erklärt hatte, er werde jederzeit wieder so handeln wie 1978, begannen die Behörden erneut, seine Überwachung zu verschärfen. Im April 1994 wurde er ein zweites Mal festgenommen und dann, im Dezember 1995, wegen angeblichen Umsturzversuchs zu weiteren 14 Jahren Gefängnis verurteilt.

Müßte er erneut diese Zeit absitzen, so wäre er 59 Jahre, ehe er wieder auf freien Fuß käme.

Wei Jingsheng ist für Beijing und vor allem für die chinesische Außenpolitik eine schwere Hypothek - und mit seinem Schicksal zu einer Metapher für die schwärzeren Seiten der VRCh geworden. Während die Namen der meisten anderen Dissidenten dem durch-

schnittlichen Ausländer unbekannt sind, hat es Wei zum Stellenwert eines nationalen Helden und eines Dissidenten schlechthin gebracht. Mit dem Sacharow-Preis hat die EU, wie Beijing es notwendigerweise sehen muß, Wasser auf die Mühlen des Dissidententums geleitet.

China wird sich überlegen müssen, ob es hier in Trotzreaktionen verharrt oder ob es nicht doch eine schnelle Begnadigung ausspricht. -we-

Innenpolitik

*(5)

Das 6. Plenum des XIV. KP-Zentralkomitees: Aufrufe zur geistig-ideologischen Erneuerung

Vom 7. bis zum 10. Oktober hielt das XIV. Zentralkomitee (ZK) der Kommunistischen Partei Chinas seine 6. Plenartagung ab. Insgesamt nahmen 181 Vollmitglieder und 124 Kandidaten des ZK an der Tagung teil, die von KP-Generalsekretär Jiang Zemin geleitet wurde. Darüber hinaus waren auch - allerdings nicht stimmberechtigte - Mitglieder der ZK-Disziplinungskommission und leitende Funktionäre aus anderen ZK-Abteilungen anwesend.

Das Plenum befaßte sich mit Fragen der "Förderung des sozialistischen ethischen und kulturellen Fortschritts" und verabschiedete eine diesbezügliche Resolution (zum Inhalt der Resolution siehe im Detail die Übersicht unter der Rubrik "Kultur"). In dem Dokument wird festgestellt, daß der geistig-ideologischen Schulung und dem ethisch-kulturellen Fortschritt in der Arbeit der Partei seit den achtziger Jahren zum Teil nicht genug Bedeutung beigemessen worden sei. Wissenschaft, Bildung, Kultur und ethische Entwicklung müßten nun gezielt gefördert werden. "Sozialistische Bürger", die hohe Ideale, moralische Integrität und einen ausgeprägten Sinn für Disziplin verkörperten, müßten herangebildet werden. Dadurch werde das soziale Klima, die öffentliche Ordnung und die Lebensumwelt verbessert. Den Medien ist eine besonders wichtige Rolle bei der Schaffung einer modernen sozialistischen Kultur zugeordnet, die unter Anleitung der Partei entstehen soll. Mit der Durchführung von Maßnahmen zur Förderung des